Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Netzwerk-News Juni 2003

Widerstand 2003 statt Agenda 2010

Eine Woche vor dem SPD-Sonderparteitag hat die DGB-Spitze angekündigt, dass sie vorerst keine weiteren Proteste gegen den von der Schröder-Regierung geplanten sozialen Kahlschlag organisieren wird. In Baden-Württemberg wurde eine bereits geplante landesweite Demo am 5.7. auf Druck der Vorstände von IGM und anderer Einzelgewerkschaften wieder abgesagt. Das labournet meldet, dass dem DGB Tempelhof-Schöneberg trotz einstimmigem Beschluss des Kreisvorstandes vom Regionsverantwortlichen untersagt wurde, einen Aufruf zur Protestdemonstration gegen den SPD-Bundesparteitag am 1.6. zu verbreiten.
Das kommt einer Kapitulation vor den Unternehmern und ihrer rot-grünen Regierung gleich.

Urlaub statt Protest?

Die DGB-Führung begründet die Absage weiterer Proteste damit, dass es bei den regionalen Protesten im Mai nur eine schwache Beteiligung gegeben habe und der DGB außerdem erreicht habe, dass er bei der Verkürzung der Bezugsdauer für ältere Arbeitslose eine Übergangsfrist gebe. Und Sommer weiter: „Im Sommer freuen sich die Menschen darauf, im Urlaub durchatmen zu können. Das werde ich auch tun. Drittens haben wir im Herbst zu entscheiden, wie es weiter geht.“ Das ist bodenloser Zynismus gegenüber den fast 5 Millionen Erwerbslosen, die weder in Urlaub fahren noch zu Hause durchatmen können und bald bettelarm sind, wenn Schröder mit seinen Plänen durchkommt.
Der DGB-Vorsitzende denkt auch nicht daran, Solidaritätskampagnen zu organisieren für die von Betriebsschließungen und Arbeitsplatzvernichtung Bedrohten oder für die Ost-Metaller, die Drucker, die VerkäuferInnen, die sich in harten Tarifauseinandersetzungen befinden. Nein - er denkt an seinen Urlaub. Auf solche Gewerkschaftsvorsitzende können wir verzichten.

Schwache Mobilisierung

Die relativ schwache Mobilisierung bei den regionalen Demos ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen.
Erstens ist vielen Kolleginnen und Kollegen die neue Dimension des sozialen Kahlschlags noch nicht bewusst und sie wurde ihnen im Infomaterial der Gewerkschaften und den Aufrufen auch nicht bewusst gemacht.
Zweitens wurde die Mobilisierung zu den Demos vom Gewerkschaftsapparat und von SPD-nahen Funktionären und Betriebsräten mit angezogener Handbremse durchgeführt. Die ver.di-Führung hat es z.B. abgelehnt alle Fachbereiche zu der bundesweiten Demo am 17.5. in Berlin aufzurufen. Proteste wurde verzettelt, als ob sie nichts miteinander zu tun hätten. So wurden 10.000 Beamte gegen die Kürzung von Weihnachts-, Urlaubsgeld und weitere Eingriffe ins Besoldungsrecht am 5.4. nach Düsseldorf mobilisiert und in verschiedenen anderen Bundesländern auch jeweils für sich auf die Straße geholt.
Drittens besteht das berechtigte Misstrauen, dass es die Gewerkschaftsführung selbst nicht Ernst meint und wie bei fast allen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren nur Dampfablassaktionen organisiert, die nichts bringen. Die wiederholten Wahlaufrufe für die SPD, das weitere Festhalten am Bündnis mit der SPD, die SPD-Mitgliedschaft von Funktionären auf allen Ebenen zeigen, dass die Gewerkschaftsführung keine Alternative anbietet. Dies kam auch in den Demoaufrufen zum Ausdruck: „Reformen Ja – Sozialabbau nein danke“.
Jeder Kollege weiß, dass mit Reformen heutzutage nur ein weiterer Griff in seinen Geldbeutel gemeint ist. Bei allen Stellungnahmen von führenden Funktionären wurde nur davon gesprochen, den einen oder Angriff ein bisschen abzumildern oder sozial gerechter zu machen. Nirgends wird die Agenda 2010, werden die Hartz- und Rürup-Pläne rundweg abgelehnt, geschweige denn effektiver Widerstand dagegen organisiert. Gewerkschaftsvertreter saßen in der Hartz- und sitzen in der Rürup-Kommission. Mit der Zustimmung zu Dumpingtariflöhnen (6,85 Euro Stundenlohn) für Leiharbeit sanktioniert die Gewerkschaftsführung die Einrichtung der Personalservice-Agenturen, die Ausweitung von Leiharbeit und damit die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Spaltung der Beschäftigten. Und diese Dumpingtarife werden auch noch als „ein Meilenstein in der Tarifpolitik“ (Peters, 2. Vorsitzender der IGM) gefeiert.

Unter einer Decke mit der SPD

Laut einer Meldung der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13.4. hat Michael Sommer bei einem gemeinsamen Mittagessen mit SPD-Bundestagsabgeordneten versprochen, dass der Gewerkschaftsbund zwar fürs Schaufenster Kritik an der Reformpolitik Schröders üben, es aber letztendlich nicht zu einem heißen Frühling kommen lassen werde.

Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften wie Sommer beziehen Spitzengehälter. Sie trifft der soziale Kahlschlag nicht. Wir können uns weder den sozialen Kahlschlag, noch solche Spitzenfunktionäre leisten. Ihre Politik bedeutet gewerkschaftliche Selbstzerstörung. Wir aber sind dringender denn je auf starke Gewerkschaften angewiesen.
Schröder, Hartz und Rürup müssen gestoppt werden.

Auf dem Rücken der Beschäftigten

Die Unternehmer wälzen die Folgen der Rezession rigoros auf die abhängig Beschäftigten und ihre Familien ab. Mit dem Rückenwind der Berliner Sozialkahlschlagspläne verstärken sie tagtäglich den Druck in den Betrieben. Massenentlassungen, Betriebsschließungen, Lohnraub, Abbau betrieblicher Sozialleistungen und erkämpfter Rechte sind die Folge. Die offene Kapitulation der Gewerkschaftsspitze vor der Politik von Schröder und Co sind auch eine Ermutigung für die Unternehmer, die Daumenschraube in den Betrieben weiter anzuziehen.

Streik gegen Sozialkahlschlag!

„Wir haben die Schnauze voll". Das ist wohl der Satz, der am häufigsten in den letzten Jahren in betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zu hören war.
Die Kampfbereitschaft ist größer und breiter denn je. Das haben die Warnstreiks der letzten Tarifrunden gezeigt. Das zeigt das Ergebnis der Urabstimmung in der ostdeutschen Stahlindustrie. Trotz aller Drohungen durch die Unternehmer haben sich 83,06% für Streik ausgesprochen. Selbst die Beamten sind angesichts der Angriffe streikbereit. „Wenn die Politik keine Verantwortung für uns zeigt, dann drohen Verhältnisse wie beim Feuerwehrstreik in Großbritannien" so ein Feuerwehrmann bei der bundesweiten Demonstration am 4.4. in Düsseldorf.
Die ver.di-Bundesjugendkonferenz hat am 27.4.03 einen Antrag beschlossen, in dem die Gewerkschaftsführung aufgefordert wird, „so schnell wie möglich alle notwendigen Maßnahmen zur Durchführung eines zunächst eintägigen Generalstreiks einzuleiten und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen".
Bei den regionalen Kundgebungen gegen Sozialabbau kam die Forderung nach Streik und Generalstreik auf. Aber die Spitzenfunktionäre blocken jede Diskussion darüber ab und erklären nur, dass sie keine politischen Streiks organisieren werden. Basta. Sie haben Angst davor. Denn ein spürbarer politischer Streik oder ein eintägiger Generalstreik würde schlaglichtartig die Macht der arbeitenden Bevölkerung in der BRD deutlich machen. Und das würde nicht nur den Unternehmern und ihrer rot-grünen Bundesregierung ihre Grenzen aufzeigen, sondern auch die Politik des Co-Managements und der Mauschelei der Gewerkschaftsführung untergraben. Und das wollen unsere Spitzenfunktionäre in jedem Fall verhindern. Bevor bei den Demos der Ruf nach einem Generalstreik immer lauter wird, blasen sie lieber aller Protestaktionen ab. Sie ziehen es vor, dass Schröder mit seinen absolut arbeitnehmerfeindlichen Plänen im Großen und Ganzen durchkommt und wir die Zeche bezahlen für die kapitalistische Krise.
Die vage Vertagung von weiteren Protesten auf den Herbst kann nicht geduldet werden. Es erlaubt der Schröder-Regierung monatelang widerspruchslos ihre Propaganda zu verbreiten. Und es besteht die Gefahr, dass bis zum Ferienende Fakten geschaffen werden. Die Gesundheitsreform soll bereits im Juni und Juli in die Gesetzeslesung.

In der Gewerkschaft Druck machen!

Es geht jetzt darum, einerseits innergewerkschaftlich Druck aufzubauen und gleichzeitig alle Kräfte zu sammeln, die in der Lage sind unabhängig von der Gewerkschaftsführung den Widerstand zu organisieren. Erinnern wir uns an 1996. Es waren nicht die Gewerkschaften, die die Demo von 350.000 in Bonn initiierten, sondern das Bündnis Sternmarsch, ein Zusammenschluss von Studierenden- und SchülerInnenvertretungen, Arbeitsloseninitiativen und linken Organisationen.
Inzwischen gibt es attac mit mehr als 10.000 Mitgliedern, es gibt eine Gewerkschaftslinke und es gibt Sozialforen und Erwerbslosenorganisationen. Diese Kräfte müssen gebündelt werden, um gemeinsam eine breite Bewegung aufzubauen, an der die Gewerkschaftsführung nicht mehr vorbeikommt.
Innerhalb der Gewerkschaften muss klar sein: Wenn wir uns auf die Vorstände verlassen, sind wir verlassen. Wir müssen selbst in den Betrieben und Gliederungen aktiv werden und Initiativen ergreifen. Und wir müssen die Gewerkschaften zurückerobern für die Interessen der abhängig Beschäftigten. Dafür brauchen wir eine starke innergewerkschaftliche Opposition.

Wir schlagen deshalb vor:

1. Innergewerkschaftliche Kampagne für entschlossene Gegenwehr gegen die derzeitigen Angriffe mit dem Ziel sie komplett zu verhindern. Nötig dafür ist ein bundesweite Großdemonstration aller Einzelgewerkschaften und ein eintägiger Generalstreik. Die gewerkschaftlichen Gremien müssen genutzt werden, um dies von der Führung einzufordern. Gegen die vorläufige Einstellung der Proteste muss entschieden protestiert werden. Solange die Gewerkschaftsführung sich weigert, weitere Kampfschritte zu organisieren, sollten lokal, regional, landes- und bundesweit Konferenzen von Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsfunktionären einberufen werden, um durch Initiativen von unten örtliche und überregionale Protestaktionen einschließlich politischer Streiks zu organisieren und zu koordinieren. Die Proteste gegen Sozialabbau müssen mit den Protesten und Bewegungen von Belegschaften gegen Arbeitsplatzvernichtung, von Beschäftigten und Nutzern öffentlicher Dienste gegen kommunale Kürzungen und mit Kolleginnen und Kollegen, die sich in Tarifauseinandersetzungen befinden, verbunden und koordiniert werden.
2. Attac, Sozialforen und Erwerbslosenorganisationen können und sollten ebenfalls eine Rolle spielen die Blockade der Gewerkschaftsführung zu durchbrechen. Aktionen vor Betrieben, in Stadtteilen, Arbeitsämtern verbunden mit der Forderung nach einer bundesweiten gemeinsamen Großdemonstration und einem Generalstreik können eine enorme Unterstützung dabei sein.
3. Die Schülerstreiks gegen den Irak-Krieg haben die Streikfähigkeit der Jugend bewiesen. Azubis, SchülerInnen und Studierende können auch eine besondere Rolle dabei spielen, eine starke soziale Bewegung aufzubauen. Deshalb müssen besondere Anstrengungen unternommen werden Jugendliche im Kampf gegen Bildungs- und Sozialraub zu aktivieren und zu organisieren.

Infos und Kontakt:



Angela Münch Tel.: (0221) 690 97 23 angelamuench@gmx.de
Alois Skrbina Tel.: (0201) 27 99 210 AloisSkrbina@aol.com
Dieter Janßen Tel. 0172 99 88 405
Jörn Kroppach Tel. (040) 41487008 netzwerk-verdi@gmx.de
und per Fax: (040) 41487009 und im Internet unter: www.netzwerk-verdi.de